

GEKÜRZT!  
IHRE LANDESREGIERUNG

## KOMMUNALER FINANZAUSGLEICH

# SCHWARZ-GRÜN DARF KOMMUNEN NICHT KNEBELN

Einen fairen und verantwortungsbewussten Umgang mit den hessischen Kommunen hat der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Norbert Schmitt** in der Debatte über den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) von Schwarz-Grün verlangt. „Notwendig ist, endlich die Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise in Hessen

zu verbessern, anstatt diese durch den neuen KFA sogar noch zu verschlechtern“.

„Die Anhörung zum Gesetzentwurf zur Neuordnung des KFA in der vergangenen Woche hat die unmissverständliche Kritik der kommunalen Spitzenverbände und aller anwesenden kommunalen Vertretern am Gesetzentwurf deutlich gemacht. Sie brachte vernichtende Kritik und damit die existenzielle Not vieler hessischer Kommunen zum Ausdruck. Wir fordern CDU und Grüne auf, endlich fair und verantwortungsbewusst mit den

hessischen Kommunen umzugehen“, sagte Schmitt. Zudem forderte der SPD-Abgeordnete CDU und Grüne auf, die Kommunen nicht weiter zu Abgaben- und Steuererhöhungen zu zwingen und Leistungen einzuschränken. Schmitt bekräftigte die zentrale Kritik am

Gesetzentwurf. So sei der kommunale Bedarf willkürlich heruntergerechnet worden und die Kommunen

würden von einer positiven Steuerentwicklung des Landes abgekoppelt. Damit werde den hessischen Kommunen die Perspektive genommen.

Hart ging Schmitt mit der Absicht der Landesregierung ins Gericht, künftig Bundesmittel, die zur Verbesserung der Kommunen bereitgestellt werden, gleich wieder bei den Landeszuwendungen an die Kommunen abzuziehen. „Das ist eine politische Irrfahrt“, so Schmitt. Der SPD-Politiker forderte massive Korrekturen am Gesetzentwurf.



FOTO: DAVIA MERBACH

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL UND CHRISTOPH DEGEN HALTEN DEN BILDUNGSGIPFEL FÜR GESCHEITERT

## BILDUNGSGIPFEL VOR SCHEITERN

Nachdem Kultusminister Lorz den Entwurf eines Abschlusspapiers für den so genannten Bildungsgipfel vorgelegt hat, hat die SPD-Fraktion dieses Papier bewertet. „Kultusminister Lorz hat den Bildungsgipfel faktisch für gescheitert erklärt. Wir teilen seine Einschätzung. Unser Anspruch ist, dass die soziale Herkunft nicht mehr über den Bildungsweg von Kindern entscheidet. Darauf gibt das Papier keine Antwort“, sagte **Thorsten Schäfer-Gümbel**. Mehr Chancengleichheit zum Beispiel durch mehr echte Ganztagschulen, einen Masterplan Inklusion und die Stärkung der Schulsozialarbeit werde nicht gegeben.

Die Stillstandslinie der CDU durchziehe das Papier des Kultusministers, sagte der SPD-Politiker. „Das ist keine tragfähige Basis für einen Konsens.“ Eine Einigung sei von der Union konsequent hintertrieben worden. **Christoph Degen** sagte, dass das einzige konkrete Ziel, die Garantie für alle Schulformen außer der Hauptschule sei.

*Kommentar nächste Seite*

GEKÜRZT!  
IHRE LANDESREGIERUNG

## STILLSTAND SCHADET UNSEREN KINDERN

*Kommentar zum Bildungsgipfel von Thorsten Schäfer-Gümbel*

Zehn Jahre Schulfrieden war das erklärte Ziel von Schwarz-Grün beim Bildungsgipfel. Klingt ja erstmal gut. Von der ersten



Sitzung an haben wir gefragt, was das heißen soll. Wären CDU und Grüne tatsächlich bereit, über ihren dürftigen Koalitionsvertrag hinauszugehen und echte Veränderung zuzulassen? Nein, waren sie nicht. Schwarz-Grün entscheidet, alle anderen dürfen das abnicken. Das ist keine Basis, auf der eine Zustimmung der SPD ernsthaft erwartet werden kann.

Die CDU hat über Jahre hinweg mit fatalen Fehlentscheidungen Unruhe in die Schulen getragen. Jedes Jahr ein neues unerfülltes Versprechen wie die Unterrichtsgarantie. Ein Debakel war die Einführung von G8, die seit Jahren Schüler, Eltern und Lehrer viele Nerven gekostet hat.

Trotz dieses Scheiterns hat Ministerpräsident Bouffier die Frechheit, die schulpolitischen Ideen der SPD als „Zwang“, „Einheitsschule“ oder „inhuman“ zu denunzieren. Für die CDU mag das ja zu ihrer Form von Politik-Folklore gehören, uns zeigt es, dass es keine gemeinsame Basis gibt.

Die SPD ist bereit, Mitverantwortung zu übernehmen, wenn Bewegung bei echten Ganztagschulen, bei Inklusion, bei der Bildungsgerechtigkeit erkennbar ist. Schwarz-grünen Stillstand segnen wir nicht ab, er schadet unseren Kindern.

## AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

## SCHWARZ-GRÜN DÜPIERT POLIZEI

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion **Günter Rudolph** hat der hessischen Landesregierung vorgeworfen, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Regen stehen zu lassen. „Bei der hessischen Polizei herrscht eine schlechte Stimmung. Kein anderes Bundesland und keine andere Landesregierung geht so arrogant und missachtend mit den Bediensteten der Polizei um wie die schwarz-grüne Landesregierung“, sagte Rudolph. Die Gründe zur Stimmungsverschlechterung seien unter anderem das Besoldungsdiktat und die mit 42 Stunden längste Wochenarbeitszeit bundesweit.



können, der hat das Rennen aufgegeben.“

## SOLIDARITÄT MIT POSTLERN

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher **Wolfgang Decker**, hat sich mit aller Entschiedenheit gegen die bei der Post AG beabsichtigte Flucht aus tarifvertraglichen Vereinbarungen und der Mitbestimmung gewendet.

„Die Post AG muss mit der Gewerkschaft über eine konstruktive Lösung des Konfliktes im Haustarifvertrag verhandeln. Außerdem fordern wir den Vorstand auf, die Nutzung von Werkverträgen und Leiharbeit zum Unterlaufen des Streikes einzustellen.“



## FIT FÜR INDUSTRIE 4.0

Flächendeckendes Breitband in ganz Hessen sieht **Tobias Eckert** als zentralen Infrastrukturthema für unser Land. „64,8 Prozent aller Haushalte in Hessen verfügen derzeit über einen Anschluss mit 50 Mbit/s. Hessen liegt damit aber nur auf dem fünften Platz der Bundesländer. Es ist nun von besonderer Bedeutung weiter zu arbeiten und besser zu werden. Den Fortschritt der letzten Jahre haben wir vor allem den Landkreisen und den Kommunen zu verdanken. Wir brauchen jetzt konkrete Ideen und Ansätze der Landesregierung für die Zukunft. Wer glaubt, dass wir uns ab 2018/2019 zurücklehnen



## PAPST VERWEIST AUF SOZIALE FRAGE

Der kirchenpolitische Sprecher **Ernst-Ewald Roth** sagte in der Debatte über die Enzyklika von Papst Franziskus: „So sehr die Grünen auch versuchen, die Enzyklika des Papstes mit ihrer grünen Programmatik in Einklang zu bekommen, greift es zu kurz, das päpstliche Lehrschreiben auf eine Umwelt- oder Klimaenzyklika zu reduzieren. Keines dieser Themen sollte man losgelöst voneinander betrachten. Der Papst thematisiert vor allem, wie die soziale Frage in einer kaputten Umwelt gelöst werden soll.“



## EHE FÜR ALLE SCHEITERT AN CDU

Die vollständige Gleichstellung homosexueller und heterosexueller Paare hat der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel**



gerinnen und Bürgern, im Bundesrat, im Bundestag oder in den Länderparlamenten – ausgenommen dem CSU-geführten Bayern versteht sich. Selbst in einem

in der Plenardebatte zur „Ehe für alle“ gefordert. „Die CDU/CSU muss dringend eine Inventur ihrer Vorurteile vornehmen und bei der Debatte einlenken. Nur an ihr scheitert das Vorhaben, gleichgeschlechtliche Partnerschaften endlich gleichzustellen. Die Ehe für alle findet mittlerweile eine breite gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheit. Ob bei den Bür-

streng katholischen Land wie Irland hat sich die Mehrheit für eine Ehe für alle ausgesprochen. In Deutschland hingegen warten alle auf CDU und CSU. Ministerpräsident Bouffier hat mal wieder in der heutigen Debatte lang geredet, aber nichts gesagt. Diese Form der Meinungslosigkeit ist in dieser Frage unangemessen“, sagte Schäfer-Gümbel.

## VERSÄUMNISSE BEIM KAMPF GEGEN RECHTS

In der Debatte zur Großen Anfrage „Rechtsextremismus“ der SPD-Fraktion hat die Abgeordnete **Lisa Gnagl** die Landesregierung kritisiert und ihr Versäumnisse bei der Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen in Hessen vorgeworfen. „Die Landesregierung weiß nicht alles oder will nicht alles wissen, was im rechtsextremen Spektrum vor sich geht. Wir hätten gerade nach dem Bekanntwerden der NSU-Mordserie ein neues Nachdenken von der Landesregierung erwartet“, sagte Gnagl.



So gebe die Landesregierung an, keine Erkenntnisse über den als Bombenleger bekannten Peter Naumann zu besitzen, obwohl aus öffentlich zugänglichen Quellen

bekannt sei, dass der besagte Rechtsterrorist auf mehreren Veranstaltungen der NPD zugegen gewesen sei. Angaben zu rechtsextremen Musikveranstaltungen widersprächen den Antworten auf andere parlamentarische Anfragen. Auch zu der Verbreitung von CDs und DVDs mit rechtsextremem Inhalt oder zum Waffenhandel innerhalb der rechten Szene in Hessen könne die Landesregierung keine Erkenntnisse mitteilen.

Gnagl kritisierte, dass die Landesregierung Studien, die das weite Eindringen von rechtsextremen Einstellungen bis tief in die Mitte der Gesellschaft untersuchen, nicht zur Kenntnis nehme oder sogar in Zweifel ziehe.



FOTO: BUMANN / FOTOLIA.COM

## MISERABLE RADWEGE

„Der Zustand des Fahrradlandes Hessen ist nach 16 Jahren CDU-geführten Landesregierung denkbar schlecht.“ Dieses Fazit zog der SPD-Abgeordnete **Marius Weiß** in einer Debatte über den Radverkehr in Hessen. Gleichzeitig stehe die Verkehrspolitik vor großen Herausforderungen, da sich das Bedarfsverhalten der Nutzer drastisch ändere.



„Elektromobilität spielt beim Radverkehr eine immer größere Rolle. Diese beiden Faktoren, der miserable Zustand des Radverkehrslandes Hessen, in Kombination mit dem rasanten Wandel in der Nutzung und Verbindung von Verkehrsträgern, würde eigentlich ein entschiedenes Handeln verlangen. Gemessen an den Anforderungen der Probleme, aber auch gemessen an den eigenen Ansprüchen der schwarz-grünen Landesregierung, ist das, was vorgelegt wurde, jedoch eine einzige Enttäuschung.“ „Die Landesregierung sollte sich ein Beispiel an anderen Bundesländern, die Grün-Rot oder Rot-Grün regiert sind, nehmen.“ In Baden-Württemberg beispielsweise habe der grüne Verkehrsminister eine Radstrategie entwickelt, mit einem konzeptionellen Fundament, wovon in Hessen weit und breit nichts zu sehen sei.

## BUNDESMITTEL FÜR FLÜCHTLINGE AN KOMMUNEN

In der Antwort auf die Regierungserklärung von Sozialminister Grüttner zur Flüchtlingspolitik hat der sozial- und integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion **Gerhard Merz** das Land an seine Verantwortung gegenüber den Kommunen erinnert. „Es ist zu begrüßen, dass sich der Bund nunmehr dauerhaft an der Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung beteiligen wird und für dieses Jahr einen Zuschuss von insgesamt einer Milliarde Euro zugesagt hat. Das bedeutet für Hessen einen Betrag von etwa 74 Millionen Euro. Dieses Geld muss an die Kommunen weitergeleitet werden. Leider ist der Sozialminister hierzu heute

wiederum jede Antwort schuldig geblieben“, sagte Merz. Der Minister habe darüber hinaus erneut erklärt, dass er in Verhandlungen mit den Kommunen über auskömmliche Pauschalen sei. „Damit gesteht Herr Grüttner indirekt ein, dass die derzeit gültigen Pauschalen nicht ausreichend sind, was landauf, landab die kommunalen Vertreter gleich welcher parteipolitischen Zugehörigkeit auch erklären. Hier muss das Land endlich seiner Verantwortung nachkommen und die Pauschale anheben, so dass die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen bleiben“, forderte Merz. Er begrüßte, dass es einen breiten Konsens darüber gebe,

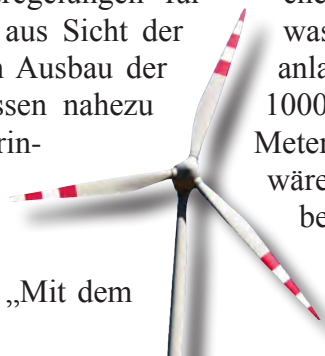


FOTO: DAVIA MERBACH

dass Deutschland eine humanitäre Verantwortung gegenüber den Flüchtlingen habe und dass man sich dieser Verantwortung auch in Hessen stelle. Das ehrenamtliche Engagement vor Ort sei nach wie vor groß, das sei sehr erfreulich.

## FDP GEGEN WINDKRAFT

Ein Gesetzentwurf der FDP zu neuen Abstandsregelungen für Windkraft würde aus Sicht der SPD-Fraktion den Ausbau der Windkraft in Hessen nahezu zum Erliegen bringen. Der umweltpolitische Sprecher **Timon Gremmels** sagte: „Mit dem



von der FDP geforderten zehnfachen Abstand zur Anlagenhöhe, was bei modernen Windkraftanlagen statt dem bisherigen 1000-Meter-Abstand einen 2000 Meter-Abstand bedeuten würde, wäre auch in einem weitreichend besiedeltem Flächenland wie Hessen kein nennenswerter Zubau mehr möglich. Damit würde das im hessischen Energiegipfel und im Landesentwicklungsplan festgelegte Ziel von zwei Prozent Windvorrangfläche, das 2011 auch vom FDP-Fraktionsvorsitzenden Florian Rentsch unterzeichnet wurde, mehr als deutlich verfehlt.“ Der FDP-Vorschlag sei rechtlich fragwürdig und schade der dezentralen Energiewende.



## UNZUREICHENDE RAHMENBEDINGUNGEN

In der Debatte über die hessischen Vollzugsgesetze hat die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Heike Hofmann** die unzureichenden Rahmenbedingungen und mangelnde Ansätze zur Resozialisierung kritisiert. „Die Resozialisierung, also die Befähigung des Gefangenen künftig straffrei zu leben, müsste mit ausreichend Personal und guten Behandlungskonzepten gesichert werden. Solche Ansätze fehlen leider in diesem Gesetzentwurf“, sagte Hofmann. Im Justizvollzug mangle es an Kräften. Beamte würden wegen der verfehlten Steuerpolitik durch Stellenabbau und weitere Sonderopfer, wie Nullrunde, Beihilfekürzung, 42-Stunden-Woche und mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten belastet.



Impressum  
 SPD-Fraktion im Hessischen  
 Landtag  
 Schlossplatz 1-3  
 65183 Wiesbaden  
 Redaktion:  
 Gert-Uwe Mende  
 (verantwortlich)  
 Katja Apelt  
 Gerfried Zluga-Buck  
 Davia Merbach  
 Martina Häusl-David